Nacht-Telegramme.
Berlin, 7. März. Im Laufe des Nachmittags sind bei Sr. Majestät dem Kaiser keine Veränderungen eingetreten, die Besorgnisse zu erregen geeignet wären. Die eingenommene Nahrung übte eine belebende Wirkung aus und brachte eine Wendung zum Besseren hervor. Der Kaiser sah den Prinzen Wilhelm kurz, ehe derselbe das Palais verließ, eine Viertelstunde bei sich im Zimmer. 4 Uhr 45 Min. erschien die Prinzessin Wilhelm bei der Kaiserin.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich jetzt Wilsdrufferstr. 19, I. (Eingang am Seilergeschäft). Haasenstein & Vogler, Dresden.

Dresden, 1888.

Rom, 7. März. Der Ministerpräsident Crispi theilte der Kammer mit, daß das Votum mit dem Wunsche nach Genesung des deutschen Kronprinzen ein Echo tiefster Sympathie in ganz Deutschland gefunden habe. Diese Sympathie drückten zwei Telegramme des Fürsten Bismarck an ihn aus. Crispi verlas hierauf die Telegramme unter lebhaftem Beifall der Kammer.

Berlin, 7. März. (Getreidem.) Weizen niedriger, loco 153—165, pr. April-Mai 164,00, Juni-Juli 168,00. Roggen weich, loco 106—113, pr. April-Mai 114,00, Juni-Juli 119,00. Pommerscher Hafer loco 101—108. Rüböl fest, April-Mai 44,50, Sept.-Octbr. 45,20. Spiritus matt, loco ohne Faß 46,00, 70r 28,70, April-Mai 70r 29,80. Petroleum loco verzollt 13,00.

Contobücher-Fabrik G. H. Rehfeld & Sohn. Telephon Nr. 578. DRESDEN-N. Hauptstr. 28/30. Pat. Stahldraht-Maschinenheftung sowie Hand-Fadenheftung. Spezialhandlung für Contorbedarf.

N. Salm, Gravir- u. Präge-Anstalt, Special-Fabrik geprägter und gummirter Siegel-, Packet-Verschluss- und Schutzmarken. Plauen b. Dr., Kaitzerstr. 17. Geschäftslocal: Dresden, Marienstr. 8. Zur gefälligen Beachtung grosse Auswahl von Signir-Schablonen in Zink, Messing und Kupfer, sowie aller Gattungen Handfarbstempel und Stempel-Apparate, und hält sich zur Ausführung von Gravir-Arbeiten jeder Art bestens empfohlen.

MATTONI'S GIESSHÜBLER reinster alkalischer SAUERBRUNN. Hauptniederlagen in Dresden: MOHRENAPOTHEKE, Pirnaischer Platz, WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11, KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

Gesangbücher empfiehlt in grösster Auswahl **Max Köhler** (C. G. Schütze Nachf.), Dresden, gr. Meissnerstrasse 5.

Nr. 68. Spiegel: Befinden des Kaisers und des Kronprinzen, Bulgarien und die Pforte, Umschwung in Rußland, italienisch-franz. Zollkrieg. Hofnachrichten, Königspaar in München, Loschwitz-Blasewitzer Brücke, Gerichtsverhandlungen, Concert Frederic Lamond, Kunstverein. **Donnerstag, 8. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

In demselben Augenblicke, da die Berichte aus San Remo etwas günstiger zu lauten anfangen, meldet man eine bedenkliche Erkrankung des Kaisers. Es ist das alte Nierenleiden, hervorgerufen durch eine Erkältung, aber es greift diesmal den kaiserlichen Kranken heftiger an und zehrt in hohem Maße an dem Kräftebestand des greisen Helden. Kaiser Wilhelm vollendet in wenig Tagen sein 91. Lebensjahr. In diesem hohen Alter nimmt ein Leiden, das an sich nichts Bedrohliches hätte, nur zu leicht ein ernstes Gesicht an: die Kräfte mangeln, um dem Leiden Widerstand entgegenzusetzen. Die Krankheit des Kaisers ist gerade jetzt ein überaus ernstes Ereigniß, da, wenn es der Vorsehung gefallen sollte, seiner Heldenlaufbahn ein Ende zu setzen, Derjenige, den das Recht der Geburt zu seinem Erben und Nachfolger berufen hat, fern vom Vaterlande weilt, selbst ein schwer Kranker.

Bezüglich des Kronprinzen liegt jetzt die von den 6 Aerzten in San Remo unterzeichnete Erklärung vor. Die Herren sprechen von dem Zustande des Kronprinzen in sehr rosigen Ausdrücken. Man muß allerdings den Wortlaut der ärztlichen Gesammt-Erklärung sich genau ansehen: sie bezieht sich ausschließlich auf die Gegenwart, nicht auf die Vergangenheit. Die Aerzte erklären, daß eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Natur und Beurtheilung der Krankheit unter ihnen nicht „besteht". Aber auch — nicht bestanden hat? An dem Kernpunkt, auf den Alles ankommt: die Natur der Krankheit, geht die ärztliche Gesammt-Erklärung mit dem unbestimmten Ausdrucke vorbei: „Die örtlichen Störungen im und am Kehlkopfe haben sich wesentlich nicht geändert." Welcher Art jedoch diese zart ausgedrückten „Störungen" sind, darüber sagen die Herren Nichts. Das deutsche Vaterland kann nur den innigsten Wunsch hegen, daß sich die aus den Schilderungen der Aerzte sich ergebenden Hoffnungen erfüllen. Die ersichtlich auf Einwirkung von oben hin vereinbarte ärztliche Gesammt-Auslassung enthält die werthvolle Erklärung, daß „sich die einheitliche, verantwortliche Leitung der Behandlung wie vor der Operation in den Händen Dr. Mackenzie's befindet". Damit sind die deutschen Aerzte vollständig entlastet. Wenn nun die Aerzte an die Zeitungen die Bitte richten, im Interesse des geliebten Kronprinzen sich jeder Diskussion über die Krankheit und die angewendeten Methoden und Instrumente zu enthalten, so ehrt gewiß das ganze Vaterland von Herzen gern diese Bitte. Nur wäre zu wünschen, daß die Herren Aerzte selbst in dieser Sache mit gutem Beispiele vorangingen. Das Schweigegebot wird von den deutschen Aerzten gewissenhaft beobachtet. Von Dr. Mackenzie erzählt man aber, daß er nach wie vor englischen Berichterstattern Mittheilungen macht. Im Uebrigen ist es unmöglich, dem Volke zuzumuthen, sich mit dem theuren Kranken nicht zu beschäftigen und die oft so unzulänglichen ärztlichen Krankenberichte mit stummer Bewunderung entgegenzunehmen. Wir lesen aus den neuesten Berichten, zusammengehalten mit den sonstigen Wahrnehmungen, nur soviel heraus, daß die Aerzte jetzt wieder eine Periode vorübergehender Erholung erwarten. Das ist viel und umso erwünschter, als Niemand dies vor Kurzem zu hoffen wagte.

Mit einer an ihr ganz ungewohnten Schnelligkeit hat sich die Hohe Pforte beeilt, dem von Deutschland und Frankreich unterstützten Verlangen Rußlands nachzukommen. Mittelst Telegramms hat der Großvezier den bulgarischen Ministerpräsidenten Stambulow davon benachrichtigt, daß der Sultan die Anwesenheit des Koburgers in Bulgarien für ungesetzlich und vertragswidrig ansehe. Etwas Neues ist den Bulgaren damit nicht gesagt: bereits kurz nach der Machtergreifung des Koburgers eröffnete ihm der türkische Gesandte in Sofia, daß ihm die vertragsmäßig vorgesehene Anerkennung des Sultans und der Großmächte mangele. Der Koburger hat damals darauf nicht gezeichnet. Auch jetzt wird er und sein Ministerium kaum etwas mehr thun, als die wiederholte Erklärung des Oberlehnsherrn mit ehrerbietigem Schweigen dem bulgarischen Staatsarchiv einzuverleiben. Man führt die Eile des Sultans, dem russischen Verlangen nachzukommen, auf einen besonderen Druck des deutschen Botschafters zurück. Fürst Bismarck hat Werth darauf gelegt, daß seine in seiner Reichstagsrede ertheilte Zusicherung das Verweilen des Koburgers in Bulgarien als vertragswidrig zu bezeichnen, schleunigst eingelöst würde. Doch hat sich der Sultan klüglich gehütet, an diese akademische Erklärung die Aufforderung zu knüpfen, nunmehr dem vertragswidrigen Aufenthalte des Koburgers in Sofia ein Ende zu machen. Eine Folge aber ergiebt sich ohne Weiteres: sein Bleiben erscheint in den Augen des Bulgarenvolkes als eine offene Auflehnung gegen den Lehnsherrn Bulgariens. Unternehmungen, die sich gegen seinen ferneren Aufenthalt daselbst richten, werden von Rußland und Deutschland nicht als ungesetzlich angesehen. Daß der Sultan keine Neigung hat, dazu zu helfen, daß die Russen wieder nach Bulgarien kommen, ist schon oft gesagt worden. Niemand hätte davon mehr zu fürchten, als der Sultan selbst. Was hat denn Rußland so sehr an dem Koburger auszusetzen? Seine katholische Religion? Nun, Ferdinand hat einen so brennenden Ehrgeiz, daß, wenn er sich durch Uebertritt zur griechischen Orthodoxie die Gnadensonne des Zarenreichs erkaufen könnte, er sich wahrscheinlich zum Glaubenswechsel entschließen würde. Nein, die Russen können es dem Koburger nicht verzeihen, daß er sich einzig darauf beschränken will, Bulgarenfürst zu bleiben und dem Sultan ein ehrlicher Vasall zu sein, daß er aber ablehnt, eine unruhige, kriegerische Politik zu treiben, die den Russen Anlaß zur Einmischung bietet. Die Russen wollen eben nicht sehen, daß, in Sofia mag regieren, wer da wolle, derselbe immer durch die Gewalt der Dinge dazu genöthigt sein wird, die Selbstständigkeit des Bulgarenstaates zu vertheidigen, wenn's sein muß, auch gegen Rußland. Zunächst ist durch Uebermittelung der Ansicht des Sultans betreffs der Ungiltigkeit der Koburg'schen Fürstenherrlichkeit der von Rußland eingeleitete diplomatische Feldzug beendet. Wünschte der Zar nur den Einfluß zu gewinnen, den er unbeschadet der Selbstständigkeit Bulgariens dort ausüben kann, so weiß er ganz genau, daß Niemand, auch Oesterreich nicht, dem unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen würde. Dazu hätte es dieses diplomatischen Feldzuges gar nicht bedurft. Begehrt der Zar mehr, nun, so würde die Welt ja bald sehen, wie weit er damit kommt. Jetzt haben die Bulgaren das Wort. Warten wir die weitere Entwickelung ruhig ab.

In den russischen Zeitungen kommt, das sei gern hervorgehoben, die friedliche Stimmung immer fester zum Durchbruch. Freiwillig ist diese Wendung nicht. Noth lehrt auch in Rußland beten. Die Finanznoth, durch den Rubelsturz dem gesammten Europa vor Augen geführt, zwingt zum Einschlagen friedlicher Wege. Der entschlossene Widerstand, dem in Berlin alle friedensfeindlichen Bestrebungen begegnen, verbunden mit der Erkenntniß Rußlands, daß Deutschland seine berechtigten Forderungen willig unterstützt, erleichtert dem Zarenreich seine friedlichere Haltung. Daß der Zar noch wie vor Bedenken trägt, sich in unberechenbare Abenteuer zu stürzen, ist bekannt genug. Selbst wenn daher der Versuch Rußlands, den Koburger zu beseitigen, mißlingen sollte, so besorgt jetzt Niemand mehr eine kriegerische Wendung. Die bulgarische Frage versumpft dann weiter, und diese Versumpfung ist noch nicht das Schlimmste.

Man würde den zwischen Italien und Frankreich ausgebrochenen Zollkrieg nicht verstehen, führte man ihn ausschließlich auf wirthschaftliche Gründe zurück. Frankreich hat absichtlich das Zustandekommen eines neuen Handelsvertrags vereitelt, um Italien für seinen Beitritt zum deutsch-österreichischen Friedensbund zu züchtigen. Dieser Beitritt hat das Machtgewicht der europäischen Staaten ganz gewaltig zu Ungunsten der Kriegsparteien, also hauptsächlich Frankreichs, verändert. Frankreich verfolgt daher vorzugsweise Italien mit seinem politischen Hasse und geht zunächst auf den Sturz des Ministeriums Crispi aus. Wenn auch Frankreich aus dem Zollkriege noch größere Nachtheile hat, als Italien, so hofft es doch, wird der Zollkrieg auch diesem so schwere Wunden schlagen, daß die Unzufriedenheit des italienischen Volkes darüber schließlich zur Beseitigung des Ministeriums Crispi führt. Dann, bilden sich die Franzosen ein, kommt ein franzosenfreundliches Ministerium in Rom an's Ruder, dem sie mit Freuden einen vortheilhaften Handelsvertrag bewilligen würden. Nun hat aber Crispi den Bund Italiens mit Deutschland und Oesterreich nicht geschaffen, sondern vorgefunden und nur befestigt. Die Rechnung der Franzosen hat daher ein Loch. Zudem ist die neuerliche einstimmige Kundgebung des italienischen Parlaments, welche durch die Krankheit des deutschen Kronprinzen veranlaßt worden ist, von soviel Freundschaft gegen Deutschland selbst getragen, daß man sagen muß: das italienische Parlament ergriff eifrig einen Anlaß, um einstimmig zu bezeugen, daß es unerschütterlich treu zum deutschen Bündniß steht.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 7. März.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht nachstehendes Bulletin: Bei Sr. Majestät dem Kaiser haben sich zu den seit Sonnabend vorhandenen Erkältungserscheinungen, welche mit einer Affektion der Halsschleimhaut und Reizung der Augenlid-Bindehaut verbunden waren, in den nächstfolgenden Tagen öfters eintretende schmerzhafte Unterleibsbeschwerden gesellt. Seit gestern ist auch der Appetit wesentlich vermindert, und in Folge dessen ist merkliche Abnahme der Kräfte eingetreten. gez. v. Lauer. Leuthold. — Ferner meldet man: Infolge der ungünstiger verbrachten Nacht und Appetitsmangels ist das Befinden Sr. Majestät des Kaisers weniger befriedigend. Prinz Wilhelm begab sich heute ³/₄11 Uhr zu seinem kaiserlichen Großvater; er verweilte, wie das Telegramm 5 Uhr Nachmittags meldet, seit 3 Stunden, Fürst Bismarck seit 2 Stunden im königl. Palais.

Berlin. Das Befinden des Kaisers veranlaßte heute ernste Besorgnisse. Der Kaiser verharrte von gestern Abend bis heute Nachmittag 2 Uhr in tiefstem Schlafe. Prinz Wilhelm und der Reichskanzler begaben sich Vormittags ins Palais, wo sie bis zum Nachmittag verweilten. Im Reichstage und Abgeordnetenhaus riefen die Nachrichten über den Kaiser große Erregung hervor. Es bildeten sich große Gruppen, welche die Eventualitäten erörterten. Gegen 3 Uhr nahm der Kaiser etwas Nahrung zu sich. Man hofft den Anfall glücklich überwunden. Der Reichskanzler verließ erst um 3 Uhr das Palais. Der Bundesrath hält heute Abend eine Sitzung ab, die mit dem Befinden des Kaisers in Verbindung gebracht wird.

Berlin. Reichstag. Neu eingetreten ist der soeben gewählte freisinnige Abgeordnete Dr. Kohli. — Es findet die erste Berathung des Gesetzentwurfes über die Auslegung des elsaß-lothringischen Einführungsgesetzes zum Reichsstrafgesetzbuche statt. Nach dem Gesetzentwurfe sollen gewisse strenge Bestimmungen über die Bestrafung von Preßvergehen, aufrührerisches Rufen, Tragen und Aushängen von unerlaubten deutsch-feindlichen Abzeichen durch die Einführung des Strafgesetzbuches nicht außer Kraft gesetzt worden sein. Die Verweisung an eine Kommission wird abgelehnt und es findet hierauf die 2. Lesung statt. — Demnächst werden im Plenum die Vorlagen betr. den Reingewinn aus dem Generalstabswerke und die Ausführung zur Literarkonvention in zweiter Lesung angenommen. Der Nachtragsetat über die strategischen Bahnen wird der Budgetkommission zur schleunigen Erledigung überwiesen; hierauf wird die 3. Berathung des Gesetzentwurfes über nichtöffentliche Gerichtsverhandlungen vorgenommen. Abg. Singer (soz.) macht die Nationalliberalen für das Zustandekommen dieses Gesetzes verantwortlich, welches insbesondere gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen gerichtet sei. Kulemann (nationall.) bestreitet, daß mit dem Gesetz ein Palladium des öffentlichen Gerichtsverfahrens zerstört werde. Strombeck (Centrum) ist gegen die Vorlage, insbesondere gegen die Strafbestimmung über den Strafbefehl. Träger (freis.) wendet sich gleichfalls gegen die Vorlage, Hahn (kons.) spricht für dieselbe. Der Gesetzentwurf wird hierauf definitiv angenommen. — Es folgt die 3. Berathung des Gesetzentwurfes über die Sonntagsruhe. Niethammer (nationall.) bezeichnet die Regelung der Sonntagsfrage als ein Glied der Sozialreform und hofft, daß sich der Bundesrath dem einmüthigen Beschluß des Reichstages gegenüber nicht ablehnend verhalten werde. Stöcker bedauert die Auslassung der „Nordd. Allg.", welche die materielle Seite der Frage zu sehr betont hätte. Der Ausfall der Sonntagsarbeit werde die Arbeitslöhne erhöhen. Der blaue Montag erkläre sich aus der Indignation der Arbeiter, die Sonntags arbeiten müßten. Bebel erklärt sich Namens der Sozialdemokraten gegen die Vorlage, nachdem dieselbe in der 2. Lesung erhebliche Abschwächungen erfahren habe. Die Vorlage wird hierauf unverändert angenommen, ebenso der Antrag auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter. — Die Wahlen Domme's und Böhm's (Elsässer) werden für giltig erklärt. — Morgen: 3. Berathung des Etats.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Kultusetats beim Kapitel Universitäten fort. v. Meyer-Arnswalde sprach sich dafür aus, daß die Kollegiengelder festgestellt und vom Staate eingezogen werden sollen; die Privatdozenten sollten die Kollegiengelder bis zu einem gewissen Maximum voll, die besoldeten Professoren blos einen Theil erhalten. Seitens der Professoren Enneccerus, Mithoff und Friedberg sowie seitens des Abg. Dr. Windthorst wurde den Vorschlägen v. Meyers entschieden entgegengetreten. Eine Bemerkung Windthorst's über die Käuflichkeit der Doktortitel veranlaßte den Minister v. Goßler zu konstatiren, daß er durchgesetzt habe, daß die Universität Göttingen, ebenso wie es auf den übrigen preußischen Universitäten geschehe, nur noch auf Grund gedruckter Dissertationen Promotionen vornehme. Abg. Dr. Mithoff wünschte, daß der Minister seinen Einfluß dahin geltend mache, daß auch die übrigen deutschen Universitäten das strengere preußische Verfahren einführen.

Berlin. Ueber London wird gemeldet, Prof. Waldeyer drückte in seinem an den Kaiser erstatteten Bericht die Ueberzeugung aus, daß die ihm zur Untersuchung übergebenen Auswurfstheile nicht die Spuren eines krebsartigen Gewächses enthielten. Er fürchte jedoch, die chronische Entzündung des Kehlkopfes habe sich der Luftröhre mitgetheilt. — Der Kronprinz machte heute eine Morgenpromenade im Garten. Sein Aussehen hat sich gebessert.

Wien. Man erwartet nicht, daß der Koburger der Aufforderung der Pforte folgend, Bulgarien verlassen werde, erblickt vielmehr in der Aufforderung der Pforte den ersten Akt; die Weiterentwickelung ist fraglich. Oesterreich setzt sich nicht für die Person des Coburgers ein, verlangt aber, daß die Stadien einer eventuellen Aktion von vornherein genau festgestellt sind. Rußland weigert sich, weitere formelle Vorschläge zu machen, bevor nicht Fürst Ferdinand aus Sofia entfernt ist, will aber, um das Mißtrauen zu beseitigen, vertrauliche Eröffnungen machen, welche über die russischen Intentionen beruhigen.

Die Berliner Börse setzte nach ziemlich fester Vorbörse matt ein, namentlich auf Nachrichten über das Befinden des Kaisers. Daneben wirkten Gerüchte von Petersburger Falliffements deprimirend. Die Spekulation realisirte und verkaufte in blanco große Beträge Bankaktien und Renten. Bahnen waren wenig behauptet, Bergwerke niedriger ohne starkes Angebot, dagegen war das Angebot für die russischen Werthe stark, während Curse erheblich niedriger wurden. Im späteren Verlaufe war die Haltung matt und bewegt, das Angebot in Banken und Renten, besonders in Russen, dauerte fort; Bergwerke gedrückt. Im Kassaverkehr waren deutsche Bahnen abgeschwächt, Banken schwächer, Industrien belebt und ziemlich fest, deutsche Fonds schwächer, österreichische Prioritäten matt. Privatdiskont 1¼ Prozent.

Frankfurt a. M., 7. März. Credit 209,75. Staatsbahn 171,50. Lombarden 57,25. Galizier 150,30. Egypter 74,60. 4proc. Ungar. Goldrente 76,90. Disconto 183,20. 1880er Russen —. Harpener —. Laura —. Matt.
Wien, 7. März. Credit 257,60. Staatsbahn 214,50. Lombarden 73,25. Nordwestb. 153,00. Marknoten 62,45. Ung. Credit —,—. Matt.
Paris, 7. März. (Schluß.) Rente 82,40. Anleihe 106,62. Italiener 93,20. Staatsbahn 430,00. Lombarden 162,50. do. Prioritäten —,—. Spanier —,—. Egypter 378,43. Ottomanen —,—. Neue Anleihe —. Türken —. Träge.
London, 7. März. Vormitt. 11 Uhr 10 Min. Consols 102⅞. 1873er Russen 90½. Italiener 92⅛. Lombarden 6⅛. Conv. Türken 14⅛. 4proc. fundirte Amerikaner 129⅞. 4proc. Ungar. Goldrente 76. Oesterr. Goldrente 86. Preuß. Consols 105. Egypter 75½. Neue Egypter 101⅛. Garant. Egypter 102⅛. Ottomanbank 9⅞. Suez-Actien 84. Spanier 67¼. — Stimmung: Fest. — Wetter: Schön.
Amsterdam, 7. März. Produkten (Schluß). Weizen per Novbr. 196. Steigend. Roggen per März 103, per Mai 101. Fest.
Paris. Produkten, 7. März. (Schluß.) Weizen per März 24,60, per Mai-August 24,25, ruhig. Spiritus per März 46,75, per Septbr.-Decbr. 44,50, ruhig. Rüböl per März 60,25, per Septbr.-Decbr. 59,50, fest.
London, 7. März. Produkten (Schluß). Weizen ruhig, fest, nominell, träge. Mehl fest, ruhig. Mais, Hafer ziemliche Nachfrage. Uebriges träge. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Zu heute Nachmittag 5 Uhr sind 18 Mitglieder der 1. und 2. Kammer zum Diner bei Sr. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August in das Palais am Taschenberg geladen.

— Landtag. Die 2. Kammer beschäftigte sich gestern ausschließlich mit Petitionen. Bezüglich der Petition des Invaliden Tämmler und Gen. in Rittersgrün um Gewährung von Militär-Pension blieb die Kammer bei ihrem früheren Beschluß, die Petition auf sich beruhen zu lassen, stehen. Abg. Däbritz berichtet hierauf über die Petitionen Johann Friedrich Müllers in Dresden und Gen. und A. Mons in Blasewitz um Besteuerung der Katzen. Zur Begründung dieses Wunsches verweisen die Petenten auf das außerordentliche Ueberhandnehmen der Katzen und auf ihre Gefährlichkeit als Träger von Krankheiten. Wenn eine Steuer nicht einzuführen sei, so solle man wenigstens dafür Sorge tragen, daß die Gefährlichkeit dieser Raubthiere allgemein bekannt werde. Abg. Philipp erklärt, es gebe zwar wichtigere Dinge zwischen Himmel und Erde, als eine Besteuerung von Katzen, wenn sich aber so hochachtbare Namen unter den Petenten befänden, dann müsse man der Sache doch mit Ernst näher treten. Das Halten von Katzen sei mit großen Uebelständen verbunden; in manchen Stadttheilen Dresdens sei es wegen dieser Thiere absolut unmöglich, Singvögel zu halten oder Hühner herumlaufen zu lassen. Er gebe zu, daß es schwer sei, eine Besteuerung einzuführen, schon deshalb, da es ganz unmöglich sei, die Steuermarke an einer Stelle anzubringen, wo sie das Thier nicht in seiner Bewegung hindere. Dagegen sei es am Platze, namentlich die Gutsbesitzer darüber aufzuklären, daß es ihnen gestattet ist, herumtreibende Katzen zu tödten. Wenn die Petition dies erreiche, so habe sie ihren Zweck erfüllt. Gemäß dem Dep.-Antrag bleibt die Petition auf sich beruhen. Eine längere Debatte verursacht die Beschwerde einiger Gemeinderathsmitglieder in Volkmarsdorf bei Leipzig wegen einer Entscheidung des Ministeriums des Innern über die Auslegung einiger Bestimmungen der revid. Landgemeindeordnung. Es handelt sich hauptsächlich um die prinzipielle Entscheidung der Frage, ob bei Feststellung des Census für die Gemeinderathswahlen die Einkommensteuer als Staatssteuer anzusehen sei. Die Deputation beantragt, die Regierung zu ersuchen, daß im Verordnungswege eine Auslegung des § 30 der revid. Landgemeindeordnung dahin vorgenommen werde, daß unter dem Wort „Staatssteuer" lediglich die staatliche von den Ansässigen als solche zu entrichtende Steuer, also dermalen die Grundsteuer, zu verstehen sei, jedoch mit der Maßgabe, daß die Giltigkeit derjenigen Statute, in welchen die Eintheilung der Ansässigen in Klassen nach der Einkommensteuer erfolgt ist, hierdurch nicht berührt wird, dafern die Revision innerhalb einer von der Regierung festgestellten Frist erfolgt. Im Uebrigen soll die Petition auf sich beruhen bleiben. Gegen diese Auffassung wenden sich die sozialdemokratischen Abgg. Geyer und Stolle, welche auch die Einkommensteuer in diesem Falle den Staatssteuern hinzugerechnet wissen wollen, während das Dep.-Votum von dem Abg. Dr. Schill und Berichterstatter Jung-

Special-Geschäft für Kinder-Garderobe R. Eger, König Johannstrasse, Ecke Schulgasse 8.